



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 05.03.2012

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele	
Herr Stadtrat Aßfalg	Ab TOP 3
Herr Stadtrat Bode	
Herr Stadtrat Braig	TOP 4 befangen
Herr Stadtrat Brenner	
Herr Stadtrat Dr. Compter	
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Funk	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	
Frau Stadträtin Handtmann	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding	
Herr Stadtrat Pfender	Ab TOP 3
Herr Stadtrat Rieger	
Herr Stadtrat Dr. Schmid	
Frau Stadträtin Sonntag	
Herr Stadtrat Späh	
Herr Stadtrat Walter	
Herr Stadtrat Weber	
Herr Stadtrat Wiest	
Herr Stadtrat Zügel	

entschuldigt:

Herr Stadtrat Heinkele
Frau Stadträtin Kapfer

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Frau Christ, Stadtplanungsamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Maucher, Umweltschutz
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Frau Noack, Stadtplanungsamt
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Bis TOP 5

Bis TOP 5

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Behandlung der Tagesordnung	
2.	Bürgerfragestunde	
3.	Feststellung des Jahresabschlusses 2010 und der Ergebnisverwendung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung	12/2012
4.	Annahme von Schenkungen und Spenden für das 4. Quartal 2011	16/2012
5.	Sozialraumatlas Biberach	19/2012
6.	Verschiedenes	
6.1.	Parkgebühren	
6.2.	Aktionswochenende gegen Menschenhandel	
6.3.	Deutscher Alpenverein	
6.4.	Strukturreform Polizei	
6.5.	Ampelschaltungen	

Die Mitglieder wurden am 21.02.2012 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBER-ACH KOMMUNAL am 29.02.2012 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Behandlung der Tagesordnung

OB Fettback setzt Tagesordnungspunkt 3 – Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Talfeld IV – von der Tagesordnung ab und verweist auf die öffentliche Vorberatung im Bauausschuss hinzu.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 12/2012 mit dem Jahresabschluss 2010 zur Beschlussfassung vor. Sie sind dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

StR Abele gibt zu verstehen, man nehme derartige Vorlagen immer zum Anlass, generell über ein Thema nachzudenken. Momentan interessiere der aktuelle Stand zur Gesplitteten Abwassergebühr, ob Einsprüche vorlägen und wie die Verwaltung den Arbeitsaufwand einschätze. Ferner wolle man dargelegt, ob es signifikante Veränderungen beim Gebührenaufkommen geben werde. Zur aktuellen Vorlage bemerkt er, da die Schulden über Gebühren refinanziert würden und das Anlagevermögen entsprechend hoch sei, habe man in diesem Fall keine Sorge. Die CDU-Fraktion stimme in allen Punkten zu.

Der Bericht sei nachvollziehbar und gut lesbar, meint StR Dr. Nuding. Der kleine wirtschaftliche Überschuss sei erfreulich. Unklar sei ihm jedoch Ziffer 1 des Beschlussantrags, weil er sich frage, was ein Trägerdarlehen mit den Beteiligungen zu tun habe.

Was den Anschluss von Hofen betreffe frage man sich, ob die Bürger diese Lösung gar nicht wollten, da es so schleppend voran gehe. Er fragt auch, was das Landratsamt dazu sage, dass sich noch nichts getan habe. Er fragt weiter, ob es Probleme bringe, weil man die Vorlagenfrist um ein Vierteljahr überschritten habe und bittet darzulegen, warum die Abschreibungen höher sind als die Investitionen.

StR Zügel hat eine Frage zu den Zinssätzen und fragt weiter, ob das Ergebnis 2011 bereits absehbar sei. Ferner bittet er mitzuteilen, wie es mit dem Anschluss Burrens weiter gehe. Abschließend bittet er darzulegen, ob die Veränderung der Rechtsprechung Konsequenzen für den Eigenbetrieb mit sich bringe.

StR Späh bemerkt, auch die Grünen hätten die Rückstellungen beschäftigt und dass der Anschluss Hofens nicht in die Gänge komme. Er erkundigt sich noch ob eine Umsatzsteuerpflicht besteht und signalisiert die Zustimmung der Grünen.

StR Funk fragt nach, ob die Veränderungen durch die Gesplittete Abwassergebühr in den Haushalt eingeplant seien.

BM Kuhlmann lässt wissen, mit dem Anschluss Hofens sei man auf einem guten Weg und er hoffe auf eine zeitnahe Realisierung. So lange halte das Landratsamt still. Zur Gesplitteten Abwassergebühr erfolge ein Bericht. Fakt sei, dass die Einführung ein immenser Arbeitsaufwand gewesen sei und man noch immer sehr viel mit Widersprüchen zu tun habe. Die Gebührenumstellung habe auf die Gebührenhöhe nur geringe Auswirkungen. Lediglich der Pflegeaufwand sei höher. Entscheidend bei der Stadtentwässerung seien jedoch die Aufwendungen des AZVs in die Kläranlage, die hauptsächlich von Biberach finanziert werden müssten.

Zu den übrigen Fragen bezieht Frau Leonhardt Stellung. Beim Trägerdarlehen handle es sich um ein buchhalterisches Problem aufgrund des Zusammenspiels zwischen Eigenbetrieb Stadtentwässerung und AVZ sowie der Umstellung auf Doppik. Dem Grunde nach bestehe keine Verbin-

dung zum Trägerdarlehen, die dargestellte Abwicklung sei jedoch am wenigsten aufwendig. Dies sei auch Grund für den späten Zeitpunkt der Vorlage, da man die GPA beteiligt habe.

Das Trägerdarlehen sei entsprechend dem Basis-Zinssatz der EZB mit einem geringen Zuschlag auf ein Jahr fest. Die Abschreibungen orientierten sich am Abschreibespiegel und seien langfristig in Ordnung. Zum Ergebnis 2011 könne man noch nichts sagen, da es das erste doppelte Ergebnis sein werde. Im Rahmen der Risikobetrachtung sei man gehalten, Umsatzsteuerprobleme anzusprechen. Es gebe dazu jedoch noch keine rechtliche Entscheidung.

Herr Rechmann fügt an, das Gesamtgebührenaufkommen werde sich mit Ausnahme der Eigenwasserversorgung kaum verändern.

BM Kuhlmann lässt noch wissen, Burren werde ähnlich wie Hofen an den Kanal angeschlossen werden.

StR Wiest bemerkt, in der Öffentlichkeit entstünden immer wieder Diskussionen, warum die Abwassergebühr in Biberach wesentlich höher sei als in Umlandgemeinden, speziell beispielsweise in Ummendorf.

Herr Rechmann legt dar, dass man Abwassergebühren auf Grund unterschiedlicher Netzstrukturen und Investitionen nicht eins zu eins vergleichen könne.

OB Fettback fügt an, Investitionen in die Abwasserbeseitigung stellten auch Umweltschutzinvestitionen dar.

BM Kuhlmann **sagt zu**, im Rahmen des Berichts zur Gesplitteten Abwassergebühr auch eine kurze Einschätzung zu diesem Thema vorzunehmen.

StR Funk meint, der Stand des Kläranlagennetzes, was bereits getan worden sei und was noch anstehe, sei dabei dann aber eine wichtige Teilgröße.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Biberach stellt die Sonderrechnung für den Eigenbetrieb Stadtentwässerung Biberach und den hieraus entwickelten Jahresabschluss fest und fasst folgende Beschlüsse:

- 1. Der Korrektur des Beteiligungsstandes des AZV Riß in Form einer Verrechnung mit dem Trägerdarlehen der Stadt Biberach in Höhe von 286.567,15 € wird zugestimmt (siehe Erläuterung unter Ziffer 4.1 des Lageberichts).**
- 2. Aufgrund von § 16 Abs. 3 EigBG wird der Jahresabschluss 2010 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wie folgt festgestellt:**

Bilanzsumme		45.216.905,63 €
2.1.1	davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	- das Anlagevermögen	44.092.552,03 €
	- das Umlaufvermögen	1.124.353,60 €
2.1.2	davon entfallen auf der Passivseite auf	
	- das Eigenkapital	0,00 €
	- die empfangenen Ertragszuschüsse	13.217.926,65 €
	- die Rückstellungen	264.052,04 €
	- die Verbindlichkeiten	31.734.926,94 €
2.2 Gewinn- und Verlustrechnung		
	- Jahresüberschuss	264.052,04 €
	- Summe der Erträge	6.042.951,20 €
	- Summe der Aufwendungen	5.778.899,16 €

3. Der Jahresgewinn (Überschuss) von 264.052,04 € wird den Rückstellungen zugeführt und dient zum Ausgleich der für die nachfolgenden Wirtschaftsjahre möglicherweise zu erwartenden Verluste.

4. Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Biberach wird für das Wirtschaftsjahr 2010 entlastet.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 16/2012 zur Beschlussfassung vor.

StR Braig ist befangen und verlässt den Ratstisch.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in den Anlagen 1, 2 und 3 der Drucksache Nr. 16/2012 aufgeführten Spenden und Schenkungen werden angenommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 19/2012 zur Information vor.

BM Kuhlmann geht kurz auf die Entstehungsgeschichte des Sozialraumatlas ein und verdeutlicht, es seien schon viele Daten vorhanden, aber es habe früher keine Zusammenführung gegeben bzw. dies habe nur händisch mit großem Aufwand betrieben werden können. Dieses Manko habe man auch bei den Integrationsbemühungen festgestellt. Seit 2005 habe man sich intensiv bemüht, die Sozialraumdaten besser nutzbar zu machen und nun liege ein sehr schönes Ergebnis vor, das auch stark vom Arbeitskreis Sozialraumplanung unterstützt worden sei. Neben diesem dankt er Herrn Maucher, dem Ordnungsamt, sowie Frau Noack und Herrn Lucas vom Stadtplanungsamt.

Man werde nicht den gesamten Sozialraumatlas vorstellen, denn viele Daten seien erklärungsbedürftig und sensibel. Eine ausführlichere Darstellung könne daher auf Wunsch in kleinerem Kreis erfolgen. Die Daten seien in erster Linie ein Datenpool für Fachleute.

OB Fettback fügt an, Planungen seien zunehmend mit Sozialräumen verknüpft.

Dann erläutert Frau Noack die Zielstellung, die Art der Datenaufbereitung und Organisation, zeigt einige Beispiele und geht auf das weitere Vorgehen ein. Sie macht dies mit einer Powerpoint-Präsentation, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist. An Beispielen zeigt sie auf, dass in Biberach auch der demographische Wandel spürbar sei.

Sie betont, die Daten seien nicht öffentlich, da zum Teil nur geringe Datenmengen vorlägen, weshalb Rückschlüsse auf Personen möglich seien. Daher liege der Sozialraumatlas zwar öffentlich im Stadtplanungsamt aus, könne aber nur mit fachlicher Erläuterung eingesehen werden, um den Datenschutz zu gewährleisten und Fehlinterpretationen zu verhindern. Die Daten zur Demographie und Erwerbsfähigkeit würden jährlich fortgeschrieben. Ziel insgesamt sei es, eine nachhaltige gute, und gesunde Lebensqualität sicher zu stellen.

Es wird applaudiert.

Auf Frage von StR Wiest, warum nur die Indikatoren Demographie und Erwerbsfähigkeit fortgeschrieben würden zeigt Frau Noack auf, dass der Bereich Demographie in viele Unterbereiche gegliedert sei. Gleiches gelte für die Erwerbsfähigkeit. Man erhalte daher viele Informationen. Die Strukturdaten würden vom Landratsamt nur auf Ebene der Stadtquartiere dargestellt, was auch etwas mit dem Datenschutz zu tun habe. Man schreibe jedoch auch die restlichen Daten in bestimmten Zeitebenen fort.

StRin Kübler sieht im Sozialraumatlas eine Ergänzung zum Stadtentwicklungskonzept. Frühwarnsysteme seien notwendig und Lösungen für die älter werdende Gesellschaft seien wichtig. Der Sozialraumatlas liefere aber auch wichtige Informationen für die Bereiche Bildung und Betreuung, sowie Integration. Es stecke viel ehrenamtliche Arbeit hinter den Daten, wofür Dank gebühre.

Sie bemängelt, dass die Ortsteile nicht Bestandteil des Sozialraumatlas seien und meint, man müsse andere Wege finden, sie aufzunehmen, da sie vom Thema Demographiewandel und Ähnlichem ebenso betroffen seien.

Frau Noack lässt wissen, man habe sich auf die Kernstadt konzentriert, da die Ortsteile teilweise nicht so dicht besiedelt seien und man weniger Datenmaterial habe, weshalb die Gefahr der Datenrekonstruktion und damit des Datenschutzes sensibler sei.

OB Fettback findet jedoch auch, dass die Ortsteilentwicklung hochinteressant wäre und dass man einen Weg finden müsse, sich auch mit den Ortsteilen zu beschäftigen.

StRin Goeth dankt namens der Freien Wähler für die geleistete Arbeit, die sie als wichtige Aufgabe bezeichnet. Sie fragt, ob die Daten auch Werbe- und Wirtschaftsunternehmen zur Verfügung stünden.

OB Fettback antwortet auf letzteres, dies sei nur insoweit möglich, als man die Daten nicht auf Einzelpersonen herunter brechen könne. Man habe einen hohen Anspruch an die Datensicherheit.

BM Kuhlmann bestätigt dies. Daher entscheide man über Anfragen auch in jedem Einzelfall und es sei sehr viel Fingerspitzengefühl erforderlich.

StR Späh dankt namens der Grünen. Er erkundigt sich nach der Einbindung des Gemeinderats in die Analyse und die Sozialraumplanung, sowie den Zeiträumen für Zwischenstände zur Sozialraumplanung und dem Zeitintervall für Neujusitierungen.

OB Fettback erwidert, wenn Planungen für weitere Entscheidungen anstünden, werde der Gemeinderat im Rahmen der Vorstellung der Fortschreibung eingebunden. In erster Linie sei der Sozialraumatlas eine Arbeitsgrundlage für die Verwaltung.

BM Kuhlmann bestätigt dies. Das Stadtplanungsamt liefere Basisinformationen für den Arbeitskreis unter Federführung von Herrn Maucher. Großteils handle es sich um Daten, die ohnehin an verschiedene Stellen vorhanden seien, die man aber verfügbar machen müsse. Die Struktur des Sozialraumatlas sei so angelegt, dass bei neuer Dateneingabe die Schaubilder automatisch neu generiert würden.

StR Zügel hält eine jährliche Fortschreibung für erforderlich und fragt, wann man einen Zwischenstatus erhalte, um Entwicklungen ablesen zu können.

Frau Noack wiederholt, dass die Demographiedaten und die Daten der Erwerbstätigkeit jährlich fortgeschrieben würden. Für die übrigen Daten müssten die zeitlichen Schrittfolgen noch geklärt werden, da ihr Einpflegen einen erheblichen Aufwand verursache.

Frau Christ legt dar, der Arbeitskreis Sozialraumplanung habe eine erste Analyse begonnen und erkannt, dass jetzt kein akuter Handlungsbedarf bestehe. In einigen Jahren könne man vielleicht Entwicklungen absehen, aus denen sich Handlungsbedarf abzeichne.

StR Abele gibt zu bedenken, offensichtlich stelle es keinen unerheblichen Aufwand dar, den Sozialraumatlas zu pflegen. Man müsse aber Aufwand und Nutzen bedenken und Sorge tragen, dass Prozesse optimiert würden, damit der Aktualisierungsaufwand überschaubar bleibe. Er fragt nach Beispielen, wie die Daten in die tägliche Arbeit einfließen, beispielsweise bei einem Bebauungsplan.

BM Kuhlmann bestätigt, es wäre falsch, wenn der Pflegeaufwand höher wäre als der Nutzen. Durch das Graphische Informationssystem (GIS) sei man jedoch in der Lage, auch solche Strukturdaten zu verwalten. Problem sei gewesen, dass man bislang die Einwohnerstatistik im GIS habe nicht nutzen können, was nun gelungen sei. Nun würden die aktuellen Daten jährlich eingeleitet und der Datenbestand automatisch neu generiert. Gleiches gelte für die Daten der Erwerbstätigkeit, die von der Arbeitsagentur vorgehalten würden. Daher verursache die Pflege jetzt keinen Personalaufwand. Hauptarbeit sei das Erstellen der Routine gewesen. Die Eckdaten des Landratsamtes müsse man noch händisch einpflegen, man arbeite aber daran, auch dies zu ändern.

Als Nutzungsbeispiel nennt er die vorbereitende Untersuchung für das Sanierungsgebiet Innenstadt Süd-West. Man könne Einwohnerstrukturdaten und ähnliches auf einen Blick abrufen. Gleiches gelte für Daten, die für Entscheidungen im Bereich Bildung und Betreuung wichtig seien.

Herr Maucher lässt noch wissen, der Arbeitskreis sei nur zu einem Drittel mit Ehrenamtlichen besetzt und im Übrigen mit Verantwortlichen verschiedener Einrichtungen. Der Arbeitskreis wolle dem Stadtplanungsamt mit seinem geballten Sachverstand sachlich zuarbeiten.

StR Keil bringt vor, in der evangelischen Kirche sei diskutiert worden, ob das Raumangebot noch zum Bevölkerungszuschnitt passe. Er fragt, ob die Religionszugehörigkeit erhoben worden sei und die Daten von den Kirchen genutzt werden könnten.

Frau Noack verneint eine Erhebung dieser Daten.

Frau Christ stellt auf Einwände klar, dass man die Demographiedaten nur vergleichen könne, wenn gleiche Maßstäbe verwendet würden und erkennbar sei, um wie viele Personen es sich handle. Daher arbeite man nicht mit Prozentzahlen, sondern mit absoluten Zahlen. Die 20er-Abstufung funktioniere bei der Altersstruktur der über 5-Jährigen gut. Bei unter 5-Jährigen habe man aber zum Teil nur 17 Personen pro Raster, weshalb ein Kunstgriff erforderlich gewesen sei, um auch diese Menge im Plan darzustellen.

StR Rieger fragt, ob Kriminalitätsdaten deliktsbezogen oder nur nach der Anzahl dargestellt würden, worauf OB Fettback klarstellt, dass nur der Tatort erfasst werde.

StR Funk meint, er könne nicht beurteilen, ob der Sozialraumatlas ein geeignetes Arbeitsinstrument sei, überlasse diese Beurteilung aber der Verwaltung. Er stellt für die FDP klar, dass man Informationen, die dem Arbeitskreis zur Verfügung gestellt würden, auch der FDP-Fraktion zuleite, damit man denselben Informationsstand habe.

BM Kuhlmann erwidert, das Faltblatt, das man zum Thema erstellt habe, könne man den Fraktionen zur Verfügung stellen.

OB Fettback stellt klar, dass es sich um einen besonderen Arbeitskreis handle, der nicht mit anderen vergleichbar sei und auch den Datenschutz einhalten müsse. Man wolle dem Gemeinderat keine Informationen vorenthalten. So bestimmte Informationen gewünscht würden, könne man sich an ihn wenden.

Damit hat der Gemeinderat vom Sozialraumatlas Kenntnis genommen.

TOP 6.1 Verschiedenes - Parkgebühren

StR Späh bringt vor, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen habe man ein Parkraumkonzept gefordert und im Aufsichtsrat der Stadtwerke auch einmal angemahnt. Zwischenzeitlich sei man von der Werbegemeinschaft angegriffen worden, die fast den Untergang des Abendlandes erklärt habe, sollten die Parkgebühren erhöht werden.

OB Fettback erwidert, auf den Antrag habe man geantwortet, dass man keinen Bedarf für eine Parkgebührenerhöhung sehe. Die Diskussion zu den Parkgebühren in den Parkgaragen sei im Rahmen des Aufsichtsrats zu führen und die Initiative für eine Erhöhung müsse vom Aufsichtsrat ausgehen.

StR Funk meint in einem Zwischenruf, dass sehr wohl ein Konzept zugesagt worden sei.

EBM Wersch bemerkt, seines Wissens stehe das Thema auf der Agenda der Stadtwerke.

StR Kolesch bemerkt, alle Fraktionen seien zu den Sitzungen der Werbegemeinschaft eingeladen worden, nur zwei Fraktionen seien allerdings vertreten gewesen. Es sei besser über Veranstaltungen zu berichten, wenn man auch an ihnen teilgenommen habe.

TOP 6.2 Verschiedenes - Aktionswochenende gegen Menschenhandel

StR Walter bedankt sich herzlich für die große Teilnahme an den Veranstaltungen im Rahmen des Aktionswochenendes gegen Menschenhandel. Dies sei ein sehr erfreuliches Zeichen.

TOP 6.3 Verschiedenes - Deutscher Alpenverein

StR Keil bringt vor, bei der Jahreshauptversammlung des Deutschen Alpenvereins sei beklagt worden, dass es so lange gedauert habe, bis man einen Termin zur Besprechung der Kletterhalle mit dem Kämmereiamt gefunden habe.

Vereinsförderung heiße nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern bedeute auch, Vereine zu ermutigen und zu ermuntern, sowie sie in das Handeln der Stadtverwaltung einzubeziehen und zu begleiten. Dies finde nicht immer statt. Er fragt, wer künftig Kontaktperson für das Projekt Kletterhalle sei.

EBM Wersch antwortet, das Kämmereiamt sei zuständig und der Vorgang liege dort. Aktuell habe er es auf Wiedervorlage, um den Verfahrensstand am Folgetag zu erfragen. Dass das Verfahren lange daure sei ihm bekannt. Es handle sich aber nicht um Behinderungstaktik, sondern es sei wohl einiges auch steuerrechtlich zu prüfen gewesen. Er kündigt alsbald Informationen an, wenn der Vorgang vom Kämmereiamt abschließend erörtert worden sei.

TOP 6.4 Verschiedenes - Strukturreform Polizei

StR Zügel fragt, ob nach dem Besuch von Innenminister Gall neue Erkenntnisse zu den geplanten Veränderungen bei der Polizei bestünden.

OB Fettback antwortet, die Schwäbische Zeitung habe inhaltlich richtig berichtet. Man habe keine Zusagen erwarten können. Es gebe denkbare Alternativen, aber diese Diskussion werde erst nach Ostern beginnen.

TOP 6.5 Verschiedenes - Ampelschaltungen

StR Kolesch bringt vor, er habe aktuell eine interessante Beobachtung gemacht. Um 15:55 Uhr sei die Ampel in der Wielandstraße ausgefallen gewesen und alles habe wunderbar funktioniert. Die Kreuzung sei in jeder Richtung leer gewesen und auch an den Seitenstraßen habe es keine Rückstaus gegeben. Vielleicht könne diese eine gangbare Lösung sein und man müsse beginnen, einfacher zu denken.

StR Lemli hält entgegen, auf dem Weg zur Gemeinderatssitzung sei er aufgrund des Ausfalls dieser Ampel in einen langen Rückstau geraten.

Gemeinderat, 05.03.2012, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:

OB Fettback

Stadtrat:

Wiest

Stadtrat:

Keil

Schriftführerin:

Appel

Gesehen:

EBM Wersch

Gesehen:

BM Kuhlmann